

Die kurdische PYD bleibt bestimmender Faktor in Nordsyrien

Rayk Felix Hähnlein

Für die USA sind die kurdischen PYD (Partiya Yekîtiya Demokrat, Partei der Demokratischen Union) auch unter Präsident Trump der wichtigste Verbündete beim Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS) in Syrien. Moskau unterstützt die Kurden politisch. Bei der Lösungsfindung für Syrien führt an ihnen kein Weg vorbei.

Mit der Federführung bei den Syrien-Gesprächen im kasachischen Astana seit Anfang des Jahres bekräftigt Moskau seine Absicht, die syrische Nachkriegsordnung maßgeblich mitgestalten zu wollen. Gleichzeitig hat die neue US-Regierung mit dem Luftschlag am 7. April erstmals kinetisch gegen das Assad-Regime eingegriffen und am 8. Mai ihren militärischen Kurs gegen den IS in Nordsyrien festgelegt. Zum Missfallen Ankaras berücksichtigen sowohl Russland als auch die USA in ihren Plänen die Interessen der nordsyrischen Kurdenpartei PYD mit, die beim Bodenkampf gegen den IS eine entscheidende Rolle spielt.

Unter Moskaus Führung haben Russland, der Iran und die Türkei sich in Astana darauf verständigt, künftig gemeinsam zu überwachen, ob die syrische Regierung und die bewaffnete Opposition den verabredeten Waffenstillstand einhalten. Gleichzeitig wollen sie den Kampf gegen den IS und den syrischen al-Qaida-Ableger fortsetzen. In den ersten Treffen haben syrische Regierung und Opposition ihre Absicht erklärt, gemeinsam auf eine politische Lösung hinwirken zu wollen. Zugleich wurde der Kreis der oppositionellen Teilnehmer an den eigentlichen Friedensgesprächen in Genf ausgeweitet. Während der vierten Gesprächsrunde Anfang Mai wurden vier Schutzzonen im Nordwesten, im Zentrum und Süden Syriens festgelegt, in denen die Bevölkerung vor Kampfhandlungen sicher sein soll. Staffan de Mistura, der UN-Sonderbeauftragte für Syrien, der im Mai erstmalig in Astana dabei war, hat die Schutz-



(Foto: Erwin Heil RL5)

Salih Muslim ist der Co-Vorsitzende der kurdischen Partei der Demokratischen Union (Partiya Yekîtiya Demokrat, PYD)

zonen ausdrücklich begrüßt. Moskau hat von Beginn an klargestellt, dass Astana die UN-geführten Gespräche in Genf nicht ersetzen, sondern ergänzen soll.

Die PYD in einer Position der Stärke

Nach Abschluss der ersten Astana-Konferenz vom 23. bis 24. Januar lud der russische Außenminister Lawrow syrische Oppositionsvertreter und Repräsentanten der syrisch-kurdischen Partei PYD nach Moskau. Er wollte mit ihnen über ihre mögliche Rolle in einem politisch dezentral organisierten Syrien sprechen. Drei kurdisch dominierte Kantone an der Grenze zur Türkei stehen unter der Verwaltung sogenannter Hoher Räte. Zwar gibt es in diesen Kantonen eine Vielzahl unterschiedlicher Parteien, doch ist die PYD die jeweils maßgebliche politische und militärische Kraft. Ihr militärischer Arm, die YPG (People's Protection Units), bilden den Kern der Syrian Democratic Forces

(SDF). Die SDF sind der schlagkräftigste und wegen ihrer Verlässlichkeit von den USA bevorzugte Alliierte im Bodenkampf gegen den IS in Nordsyrien. Nicht zuletzt diese Partnerschaft hat das Verhältnis zwischen Erdoğan und Obama zerrüttet. Denn Ankara geht davon aus, dass die Ambitionen der eng mit der PKK verbandelten PYD über eine Selbstverwaltung in Nordsyrien hinausreichen und letztlich auf die Unabhängigkeit abzielen. Diese Bestrebungen, so wird befürchtet, könnten auch auf den mehrheitlich kurdischen Südosten Anatoliens ausgreifen und die territoriale Integrität der Türkei infrage stellen. Ein für Ankara unakzeptables Szenario.

Die PYD ist auch Partner Russlands, denn die bis zu 50.000 SDF-Kämpfer – darunter neben knapp 30.000 YPGlern auch bis zu 20.000 Araber, Assyrier und Turkmenen – werden auch von Moskau als wichtiger Faktor anerkannt. Am 5. November 2016 starteten die SDF die Operation „Wrath of Euphrates“. Ziel ist die Rückeroberung

Autor

Major i.G. Rayk Felix Hähnlein ist Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

der nordsyrischen IS-Hochburg Raqqa. Im Winter 2016/2017 ist es den SDF gelungen, große Teile der Provinz Raqqa zurückzuerobern.

Schon im Vorfeld der ersten Astana-Gespräche, von denen die PYD auf türkisches Betreiben immer noch ausgeschlossen ist, trafen sich Vertreter Russlands und der PYD: im Dezember 2016 auf der russischen Luftwaffenbasis Hmeymim in Westsyrien und im Januar 2017 in der kurdischen Stadt Qamishli. In Genf äußerte der russische UN-Botschafter Alexey Borodawkin, dass PYD-Vertreter mit an den Verhandlungstisch gehören. Russische Diplomaten unterstützen auch die Gespräche, die die PYD und die syrische Regierung in Damaskus führen.

Aufgrund ihrer militärischen Stärke und der Verbindungen zu Washington und Moskau hat die PYD eine gute Position für Verhandlungen mit Assad. So besetzen sie nach wie vor das Sheikh-Maksud-Viertel in Aleppo und haben ihre Kontrolle über den Norden der Stadt von Januar bis März 2017 eher ausgeweitet, als dass sie sich zugunsten der syrischen Regierungstruppen zurückgezogen hätten. Die Frage nach dem zukünftigen Status der kurdischen Gebiete bleibt zu klären. Die PYD-Verhandlungsführer sind nur unter der Bedingung einer weitgehenden Selbstverwaltung der „Rojava“ genannten Kantone bereit, die territoriale Einheit Syriens zu unterstützen. Angesichts des hohen Blutzolls, den die YPG in ihrem Kampf gegen den IS seit drei Jahren zahlen, und ihrer kontinuierlichen militärischen Erfolge von Kobane bis Nordaleppo werden sie von dieser Forderung nicht abrücken.

Der russische Verfassungsvorschlag

Moskau hat das erste Astanatreffen genutzt, um den Vertretern der syrischen Regierung und der Opposition den Entwurf eines Verfassungsvorschlags auszuhändigen. Dieser soll nach russischem Verständnis als mögliche Diskussionsgrundlage für den weiteren Prozess dienen. Der Entwurf, der in der gemeinsamen Abschlusserklärung der russisch-iranisch-türkischen Verhandlungsdelegationen nicht erwähnt wird, ist auch in der syrischen Opposition umstritten. Seine 27 Vorschläge sind weitreichend und fokussieren auf drei Komplexe: Erstens soll Syrien weder wie bisher als Teil der arabischen Nation bezeichnet noch soll das islamische Recht weiterhin als eine der Hauptgrundlagen der Gesetzgebung apostrophiert werden. Zweitens sollen die Amtszeit des Präsidenten auf maximal vierzehn Jahre begrenzt und seine Rechte als militärischer Oberbefehlshaber und als

zentrale Instanz im Falle eines nationalen Ausnahmezustands beschnitten werden. Das Parlament soll durch zusätzliche Kontrollrechte gestärkt werden.

Am konfliktträchtigsten ist der dritte Teil, der die zukünftige Staatsstruktur, eine mögliche Dezentralisierung und die Stärkung regionaler Verwaltungen betrifft. So ist etwa eine kulturelle Autonomie der kurdischen Kantone innerhalb Gesamtsyriens vorgesehen. Zwar wird dieser Begriff nicht näher bestimmt, aber er ist nun im öffentlichen Raum.

Ankaras Bedrohungsperzeption

Weder die PYD noch ihre türkische Schwesterorganisation PKK sind auf der russischen Terrorliste verzeichnet. In Ankara hingegen betrachtet man beide Organisationen als terroristische Vereinigungen, deren Fernziel die Schaffung eines gesamtcurdischen Staates auf einem Territorium ist, das sich aus Gebieten in Syrien, dem Irak und der Türkei zusammensetzt. Weil sie dieses Szenario befürchten, lehnen die Türken eine

Türkei auch westtürkische Großstädte wie Ankara und Istanbul erfasst.

Derzeit gibt es keine Anzeichen dafür, dass Ankara bereit sein könnte, irgendeine Form der Selbstverwaltung in den nordsyrischen Kantonen zuzugestehen. Im Gegenteil ist der Aufwand beträchtlich, den die Türkei betreibt, um eine territoriale Verbindung der Kantone Kobane und Afrin zu verhindern. Seit August 2016 operieren die türkischen Streitkräfte (TSK) und die von ihnen unterstützte Freie Syrische Armee (FSA) im Rahmen von „Euphrates Shield“ im Grenzgebiet zwischen beiden Kantonen, sie kämpfen dort sowohl gegen den IS als auch gegen die YPG. Obwohl die Operation Ende März 2017 für beendet erklärt wurde, heißt das nicht, dass die TSK sich dauerhaft zurückziehen werden. Wahrscheinlicher ist, dass Folgeoperationen unter anderem Namen durchgeführt werden. Die türkischen Luftschläge in der ostsyrischen Deriqregion und den westirakischen Sindscharbergen am 25. April legen nahe, dass die Türkei sich zunehmend auch auf diese Region konzentrieren wird, die ein wichtiges Rückzugsgebiet der PKK

(Foto: Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit)



An einem der Knotenpunkte im Kampf gegen den IS, PYD-Kämpfer in der Nähe von Rakka

Beteiligung und damit Aufwertung der PYD an den Gesprächen in Genf und Astana kategorisch ab.

Seitdem der Friedensprozess zwischen der türkischen Regierung und der PKK spätestens im Sommer 2015 gescheitert ist, dreht sich eine Gewaltspirale mit türkischen Polizei- und Militäroperationen auf der einen und Terroranschlägen auf der anderen Seite. Der Terror hat mittlerweile neben den kurdischen Gebieten im Südosten der

darstellt. „Euphrates Shield“ fordert eine hohe Zahl an Opfern. Zwischen August 2016 und Mitte März 2017 sind nach offiziellen Militärangaben neben etwa 3.000 IS-Kämpfern und über 400 Angehörigen der PKK/YPG auch mehr als 70 türkische Soldaten gefallen. Die in Folge des Putschversuchs vom 15. Juli 2016 geschwächten TSK führen „Euphrates Shield“ parallel zu den anhaltenden Operationen türkischer Sicherheitskräfte gegen die PKK im Süd-

osten der Türkei und in den nordirakischen Bergregionen durch.

Ende Februar 2017 haben TSK und FSA die vom IS besetzte Stadt Al-Bab vollständig zurückerobert. Die Türken haben nachgewiesen, dass sie gewillt sind, die Bildung eines kurdischen Gürtels zu verhindern. Doch ihr strategisches Interesse reicht über die Schaffung dieser Safezone hinaus. Ginge es nach dem Willen Ankaras, würden sich die TSK zusammen mit den FSA und gegebenenfalls den nichtkurdischen Anteilen der SDF Richtung Raqqa in Bewegung setzen, um die 220.000 Einwohner große Stadt, die noch von etwa 8.000 bis 10.000 IS-Kämpfern gehalten wird, freizukämpfen. Seitdem Moskau die PYD-Interessen politisch mitberücksichtigt, war man in Ankara um eine erneute Annäherung an Washington bemüht und hat insbesondere für die eigenen Pläne zur Eroberung Raqqas geworben.

Washington legt sich fest

Mit Spannung wurde deshalb die neue Anti-IS-Strategie des Pentagon erwartet, deren Entwurf Präsident Trump seit dem 27. Februar 2017 vorliegt. Bereits dieses Papier sprach dafür, dass Trump an der Pro-SDF-Linie Obamas festhalten und Ankaras Plänen für eine türkisch dominierte Offensive in Raqqa eine Absage erteilen würde. Deswegen kam die offizielle Entscheidung des Präsidenten, die SDF und damit im Kern die kurdische YPG so auszurüsten, dass sie die Hauptlast bei der Rückeroberung Raqqas übernehmen können, am 8. Mai 2017 nicht überraschend.

Die türkischen Streitkräfte hätten für eine solche Offensive, zusätzlich zu den Kämpfern der FSA, ein nennenswertes eigenes Kontingent an Bodentruppen bereitstellen müssen, das dann auf Monate in hochintensiven und verlustreichen Gefechten und Häuserkämpfen gebunden gewesen wäre. Außerdem hätten diese Truppen zumindest teilweise von der türkisch-syrischen Grenzstadt Tel Abyad, wenige Kilometer östlich des Kantons Kobane, aus angreifen sollen. Damit hätten sie von Beginn der Operation an in offener Konfrontation mit den YPG gestanden.

Die drei Chefs des russischen, des US-amerikanischen und des türkischen Generalstabs haben bereits am 7. März in Antalya das weitere Vorgehen in Nordsyrien abgestimmt, um unbeabsichtigte Verwicklungen ihrer Truppen zu vermeiden. Präsident Trumps Entscheidung kam also auch für die türkische Seite nicht überraschend. Die US-Truppenpräsenz in der von Kurden gehaltenen Stadt Manbidsch seit März 2017 ist ein deutliches Signal dafür, dass die USA

verhindern wollen, dass der Konflikt zwischen ihrem NATO-Verbündeten Türkei und den YPG weiter eskaliert und letztlich die Schlagkraft gegen den IS schwächt. Wie weit die Unterstützung des Pentagon für die SDF geht, ist heute, in den Iden des

für, dass die Türken sich mit den SDF in eine Allianz gegen Raqqa fügen könnten. Allerdings ist auch eine solche Einbindung der Türken nicht völlig auszuschließen. Eine begrenzte Beteiligung türkischer Unterstützungstruppen und ein gemeinsamer Erfolg



Einflusszonen im Norden Syriens Ende Februar 2017

Mai, noch nicht klar. Die Überlassung von Handfeuerwaffen und geschütztem Transportraum gilt als sicher. Hingegen wird die entscheidende Schwäche der SDF, die mangelnde Feuerunterstützung, wohl durch US-Artillerietruppen ausgeglichen werden. Erste US-Marines mit 155-mm-Mörsern waren bereits im März auf dem Weg in den Einsatzraum. Beobachter rechnen damit, dass sich die US-Truppenzahl von etwa 500 US-Spezialkräften im März auf bis zu 5.000 Soldaten in den nächsten Monaten erhöhen könnte. Die genaue Forderung wird noch durch das zuständige CENTCOM in Florida zu bestimmen sein.

Bewertung und Ausblick

Washingtons Entscheidung, auf die SDF zu setzen, ist aus operativer Sicht nachvollziehbar. Damit verlässt man sich auf im Kampf gegen den IS bewährte Partner. Nun gilt es aber, deren Unterstützung so zu konditionieren, dass Raqqa zurückerobert werden kann und gleichzeitig die türkischen Interessen beachtet bleiben. Da dies fast unmöglich ist, geht es aber eher um Schadensbegrenzung. So könnten Moskau und Washington von der PYD ein klares Bekenntnis zu einem Verbleib ihrer Kantone in Gesamtsyrien und zum Verzicht auf eine weitere Ausdehnung ihres Einflussgebietes fordern. Das arabisch-sunnitische Raqqa müsste nach der Rückeroberung zügig von den kurdischen Truppen geräumt werden. Die vom Pentagon angestrebte möglichst passgenaue Rationierung von Waffen und Munitionslieferungen ist ebenso sinnvoll wie das Vorhaben, neben den YPG auch die arabischen Einheiten der SDF auszurüsten. Kurz vor dem Treffen der Präsidenten Trump und Erdoğan am 16. Mai spricht nichts da-

könnten helfen, die sogenannte kurdische Frage langfristig zurück auf die Agenda verhandelbarer Themen zu bringen.

Noch ist es nicht an der Zeit, Moskaus oder alternative Vorschläge zur Gestaltung der syrischen Nachkriegsordnung zu besprechen. Zunächst gilt es, den fragilen Waffenstillstand abzusichern. Das ist schwierig genug, wie sich auch daran ablesen lässt, dass die bewaffnete Opposition ihre Teilnahme an der dritten Astana-Runde im März abgesagt hat und einige Oppositionsvertreter die vierte Runde im Mai unter Protest verlassen haben. Astana kann den UN-Prozess sinnvoll flankieren, wie die Festlegung der vier Schutzzonen gezeigt hat, aber letztlich muss die Verantwortung in Genf liegen. Noch ist auch keineswegs sicher, wie weit die russische und US-Unterstützung für die PYD trägt und ob diese auch nach dem Fall Raqqas und einem Militärsieg über den IS noch Bestand haben wird.

Wie Präsident Erdoğan weiter mit den russischen und amerikanischen Entscheidungen umgehen wird, ist offen. Er könnte das knappe „Ja“ zum Präsidialsystem als Bestätigung seines konfrontativen Nordsyrienkurses verstehen. Eine solche Haltung würde ihn weiter von Washington und Moskau entfernen. Er könnte den entstandenen Spielraum aber auch für eine neue Phase der Annäherung in der kurdischen Frage nutzen. Dies ist derzeit aber nicht erkennbar. Da die Türkei momentan weder im Kreml noch im Weißen Haus die erhoffte Unterstützung findet, müssen sich Washington und Moskau kontinuierlich bemühen, Ankara jeweils stärker einzubinden. Auch wenn das Patt der unterschiedlichen Sicherheitsinteressen derzeit kaum aufzulösen ist.